

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 29 (1954)
Heft: 11

Artikel: Britische Anstrengungen im Wohnungsbau
Autor: Peter, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-102739>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine eindrückliche Kundgebung für den gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau

Auf den 30. Oktober hatte die Schweizerische Vereinigung IFIG (Internationale Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft) zu einer Arbeitstagung auf den Gurten bei Bern eingeladen. Das Programm sah eine Reihe von Referaten zum Hauptthema

«Der gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau»

vor. Und nicht vergebens hatten die Teilnehmer eine reichhaltige Tagung erwartet: nicht weniger als sechs Referenten kamen zu Worte, und eine Fülle von Betrachtungen und Anregungen wurde den zahlreich erschienenen Vertretern verschiedenster gemeinwirtschaftlicher Organisationen, vor allem genossenschaftlicher und kommunaler Schattierung, dargeboten. Das grundlegende Referat hatte Stadtrat J. Peter übernommen unter dem Titel: «Entwicklung und sozialwirtschaftliche Bedeutung des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaues». (Siehe nächste Nummer unseres Blattes.) – Dr. E. Schnurrenberger, Vizedirektor der Genossenschaftlichen Zentralbank, sprach hierauf über «Probleme und Möglichkeiten der Finanzierung des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaues». Wie sich denken ließ, begegnete gerade auch dieses Thema lebhaftem Interesse. – Mancher Teilnehmer war, auch wenn in seiner Wohngemeinde und seinem Kanton die Wohnungsfrage nicht in der dringendsten Form gestellt bleibt, ohne Zweifel überrascht, wie Vorbildliches in der Wohnungsbeschaffung der Kanton

Waadt auf gesetzlichem Wege geleistet hat und noch leistet. Man erfuhr davon alle Einzelheiten im Referat von Ch. Richard, Lausanne. – Den Blick für allgemeine Fragen der Bodenpolitik weitete H. Aregger, Planungsexperte, Zürich, mit mancherlei Hinweisen auf die engen Zusammenhänge zwischen Wohnungsbau und Landbeschaffung für die verschiedenen Verwendungszwecke. – Schließlich brachte das Referat von Architekt Vouga, Lausanne, die gewichtige Anregung vor, es möchten doch auch in der Schweiz Anstrengungen gemacht werden zwecks Schaffung einer schweizerischen Koordinationsstelle. Der Referent wies unter anderem darauf hin, daß dank einer solchen Stelle auch für unser Land ein engerer Kontakt mit den siedlungspolitischen Organen der UNO und der UNESCO bewerkstelligt und fruchtbarer Gedankenaustausch erreicht werden könne. – Als Gastreferent schilderte Bundesrat A. Porges, Direktor des Verbandes österreichischer Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen, mit eindrücklichen Worten die Wohnungsmisere, wie sie in großen Teilen der Stadt Wien auch heute noch besteht. Seine Ausführungen waren dazu angetan, die Teilnehmer so recht eindrücklich die Verantwortung fühlen zu lassen, die auf uns liegt und uns zu sorgfältigster Verwaltung des uns anvertrauten Gutes auffordert*.

* *Anm. d. Red.* Wir hoffen, die oben erwähnten Referate zum mindesten auszugsweise vermitteln zu können.

Britische Anstrengungen im Wohnungsbau

I.

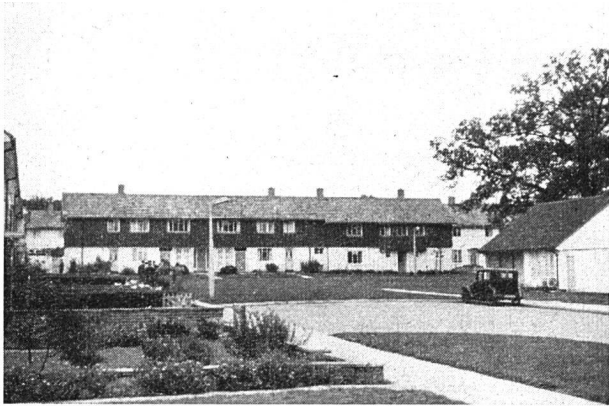
Mitte September 1954 tagte in Edinburgh der 22. Kongreß des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Stadtplanung. Die Teilnahme von rund 1000 Personen aus mehr als 20 Ländern – Architekten, Planer, Behördemitglieder und Vertreter von Wohnbauvereinen aller Art – zeigt die Bedeutung, die heute den Siedlungs- und Wohnungsfragen zukommt. Die Schweiz war durch ein Dutzend Delegierte am Kongreß vertreten. Wie üblich waren die Kongreßverhandlungen, die während einer Woche in Plenarversammlungen und in Studiengruppen stattfanden, durch schriftliche Berichte aus den einzelnen Ländern über verschiedene Themen vorbereitet worden. Verhandelt wurde über die Beseitigung ungesunder Wohnquartiere und die Umsiedlung ihrer Bewohner, die nationalen Nutzungspläne, die Dichte der Wohnbauten, Mietzins und Familieneinkommen, die Rolle der Wohnbaugenossenschaften usw. Ich will hier nicht näher auf die Durchführung des Kongresses eingehen, sondern einzig zum Ausdruck bringen, daß er eine machtvolle und ermutigende Demonstration der starken Kräfte war, die daran arbeiten, im Wohnungswesen bessere und menschlichere Verhältnisse zu schaffen.

Es lag nahe, den Aufenthalt in Schottland und England zu benutzen, um die Fortschritte im britischen Wohnungswesen möglichst eingehend kennenzulernen. Die Bestrebungen und Realisationen der Briten sind auf diesem Gebiet so bedeutend, daß sie für manche Länder richtungweisend sind.

II.

Bei den folgenden Schilderungen stütze ich mich neben dem Kongreßmaterial und einer mehrtägigen Besichtigung der Londoner Region vor allem auf den kürzlich von den Vereinten Nationen herausgegebenen Bericht «European Housing Progress and Policies 1953», Abschnitt United Kingdom.

Es ist davon auszugehen, daß Großbritannien als erstes Industrieland die überstürzte Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten erfuhr und daß es daher verständlicherweise auch das erste Land ist, das die Verbesserung der Wohnverhältnisse von Staates wegen an die Hand nahm. Wenn auch die Vorliebe der Briten für das Einfamilienhaus die hemmungslose Zusammendrängung vier- bis sechsgeschossiger Wohnblöcke wie in manchen Weltstädten anderer Länder weniger aufkommen ließ und damit schlimmste Wohnverhältnisse verhinderte, so konnten sie doch nicht überall vermieden werden. So wohnen heute zum Beispiel im engsten Teile Glasgows in trostlosen, rußigen Häuserblöcken 700 000 Bewohner auf einem Gebiet von 1800 acres oder rund 720 Hektaren, das heißt auf einem Gebiet, daß etwa dem Gemeindegebiet von Adliswil oder Dietikon entspricht. Das gibt eine Dichte von 1000 Bewohnern pro Hektare, während zum Beispiel Außersihl, das bei uns die größte Wohndichte hat, rund 350 Einwohner je Hektare aufweist. Ähnliche Verhältnisse sind auch in vereinzelt Quartieren anderer Städte zu finden.



Die neuen Städte sind weiträumig gebaut

Es ist weiter zu berücksichtigen, daß England im Zweiten Weltkrieg durch die Bomberangriffe stark gelitten hat und daß die Baukosten heute ungefähr dreifach so hoch sind wie vor dem Krieg. Diese Verhältnisse begründen das öffentliche Interesse am Wohnungsbau. Der private Wohnungsbau war schon vor dem Krieg nicht in der Lage, das Wohnungsproblem für die breiten Schichten des Volkes zu lösen. Schon vor 1900 befaßte sich das Parlament mit dem Wohnungsproblem, und nach dem Ersten Weltkrieg trat der staatlich geförderte Wohnungsbau kräftig in Funktion.

Im Unterschied zu den meisten andern Ländern spielen die Baugenossenschaften in dem Land, aus dem die Konsumgenossenschaftsbewegung kommt, eine bescheidene Rolle. Dies kommt daher, daß die lokalen Behörden, das heißt die Gemeindevorsteherchaften und die Grafschaftsräte, die sozialen Fragen beizeiten zu lösen versuchten. Diese Körperschaften hatten schon früh ihre Housing Comitees, die es sich zur Aufgabe machten, die Wohnverhältnisse ihres Bereiches zu untersuchen und auf Verbesserungen zu drängen. Eine Diskussion darüber, ob die Stadt eigene Wohnungen bauen solle, wie sie noch heute im Zürcher Gemeinderat vorkommt, wäre in Großbritannien undenkbar. Der Wohnungsbau durch Staat und Gemeinde ist dort keine Parteifrage, wenn natürlich im einzelnen verschiedene Auffassungen bestehen. Als die Konservativen vor einigen Jahren die Labourregierung ablösten, stellten sie nicht etwa den Wohnungsbau ein, sondern versprachen im Gegenteil, im Jahre 300 000 Wohnungen zu erstellen und nicht nur 200 000 wie Labour. Die Tätigkeit in den Housing Comitees ist auch weitgehend eine Angelegenheit der Frauen, und es ist uns aus den Diskussionen am Kongreß



Für die alten Leute werden kleine Einfamilienhäuser gebaut

bekannt, wie gerade die Frauen die menschliche Seite des Wohnungsproblems mit Leidenschaft vertreten.

Wie groß der Anteil des öffentlichen Wohnungsbaues ist, zeigt die Tatsache, daß in England nach dem Ersten Weltkrieg rund ein Drittel aller Neubauwohnungen durch die öffentlichen Behörden gebaut wurde und daß nach dem Zweiten Weltkrieg dieser Anteil auf 80 bis 90 Prozent anstieg. Es ist ein unbestreitbarer Vorteil des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaues, daß die Behörden, wenn sie schon Wohnungen erstellen, sich auch mit dem Einkommen der Mieter und den tragbaren Mietzinsen befassen. Ich bin immer wieder erstaunt, wie leicht man diese Frage bei uns behandelt und es einfach hinnimmt, daß die Neubauwohnungen für den Großteil der Bevölkerung untragbare Mietzinse aufweisen. Es gehört zu den Grundlagen der britischen Gesetzgebung, daß die staatlichen Wohnungen in ihren Mietzinsen dem Einkommen der Bevölkerung angepaßt sind. Das geschieht so, daß



Wohnungen für alleinstehende Personen im Hochhaus

je nach den Baukosten der Staat bis zu zwei Dritteln und die Gemeinde zu einem Drittel für 60 Jahre, das heißt bis die Wohnungen abbezahlt sind, jenen Teil des Mietzinses übernehmen, der über die Tragfähigkeit der Mieter geht. Dabei ist die Regelung generell und nicht etwa auf den einzelnen Fall abgestimmt. In England und Wales übernehmen Staat und Gemeinde zurzeit jährlich rund 430 Franken vom Mietzins einer heute gebauten Wohnung. Die übrigen etwa 900 Franken haben die Mieter zu bezahlen. In Schottland ist der staatliche Zuschuß höher, zurzeit etwa 640 Franken. Bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ist der Zuschuß zum Teil wesentlich höher. Die staatlichen Zuschüsse dürfen nur durch Parlamentsbeschluß herabgesetzt werden. Da die Zuschüsse mit den weiteren Neubauwohnungen zunehmen, wachsen auch die Staatsausgaben mit der Zeit an. Im Jahre 1953 betrug die Belastung des Staates ohne die Gemeinden rund 65 Millionen Pfund Sterling; in den nächsten acht Jahren wird eine Verdoppelung dieser jährlichen Ausgabe erwartet.

Es ist verständlich, daß auch der britische Staat an diesen wachsenden Verpflichtungen, die heute 1,6 Prozent seiner Staatsausgaben betragen und etwa auf 3 Prozent ansteigen dürften, nicht eitel Freude hat. Am Prinzip wird nicht gerüttelt, da Übereinstimmung unter den Parteien besteht und da vor allem die lokalen Behörden daran festhalten. Es wird aber nach Einsparungsmöglichkeiten beim Bau gesucht. Es finden eingehende technische Untersuchungen über Materialien, Normierung usw. statt. Erst kürzlich ist in Schottland für Einfamilienhäuser eine Zimmerhöhe von etwa 2,30 Metern zugelassen worden, während früher die Höhe oft wesentlich größer war. Auch an den Raumgrößen ist etwas abgestrichen worden, und hierüber fanden lebhaftere Diskussionen statt. Die Räume sind aber auch so noch ungefähr im Rahmen unseres genossenschaftlichen Wohnungsbaues, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Einfamilienhaus mit drei Schlafzimmern auch bei den neuen Bauten weitaus am meisten erstellt wird. Sodann hat die konservative Regierung in der Bewilligungspflicht im privaten Wohnungsbau merkliche Lockerungen eintreten lassen, um ihn mehr zu fördern. Die Bewilligungspflicht war eingeführt worden in der Zeit des Materialmangels, um den Bau teurer Häuser auf Kosten der Volkswohnungen zu verhindern.

Sehr ernst wird zurzeit über einen Vorschlag des Ministers für den Wohnungsbau diskutiert, ob die Mietzinse und damit die staatlichen Zuschüsse nicht individuell nach dem Einkommen der einzelnen Mieter und dem Familienbestand abgestuft werden könnten. Es ist kaum anzunehmen, daß die Lokalbehörden diesem Vorschlag zustimmen werden, da er bei dem großen Wohnungsbestand zu einer starken Bürokratie führen müßte. Der Londoner County Council verwaltet allein über 170 000 Wohnungen und hat weitere 70 000 Wohnungen im Bau oder als Projekte vorgesehen. Auch der Austausch unter- und überbesetzter Wohnungen beschäftigt die Behörden und wird weitgehend durchgeführt, möglichst jedoch ohne Zwang. Über die Auswahl der Mieter, das heißt über die Dringlichkeit der Abgabe einer Wohnung, sind Bücher geschrieben worden. Es besteht meistens ein Punktsystem der Dringlichkeiten, was bei der großen Nachfrage nicht verwunderlich ist. In Edinburgh allein warten 37 000 Mieter auf eine städtische Wohnung bei einem Bestand an städtischen Wohnungen von rund 28 000.

III.

Nach dem Abschluß des Weltkrieges machte Großbritannien große Anstrengungen, um die Obdachlosen unterzubringen. In aller Eile wurden sogenannte Temporary Houses, das heißt provisorische Wohnhäuser erstellt. Am Rande aller Städte sehen wir Aluminiumhäuser, jedes für sich stehend mit kleinem Umschwung. Edinburgh hat deren allein 4000. Diese Häuser verschönern das Stadtbild natürlich nicht und sind immer als Notlösungen in einer schweren Zeit empfunden worden. Inzwischen sind aber Pläne entstanden und in Verwirklichung begriffen, die unsere Bewunderung erwecken. Neben dem Abbruch alter Quartiere und der Erstellung von städtischen Mehrfamilienhäusern mit großen Abständen und neben dem Bau von Wohnkolonien an den Stadträndern sind zwei Bestrebungen zu erwähnen, die über die traditionelle Stadterweiterung hinausgehen. Es sind dies die Neighbourhoods und die New Towns.

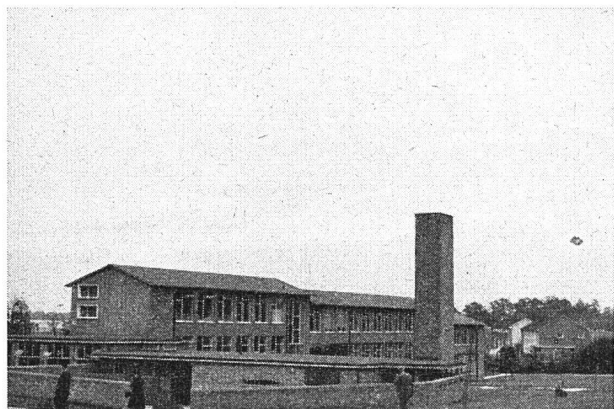
Die Neighbourhoods, das heißt Nachbarschaften, sind neue Stadtquartiere, die, durch Grünzüge von den bestehenden Städten abgetrennt, Bestandteil dieser Stadt, aber mit möglichstem Eigenleben werden sollen. Wir haben solche Nachbar-



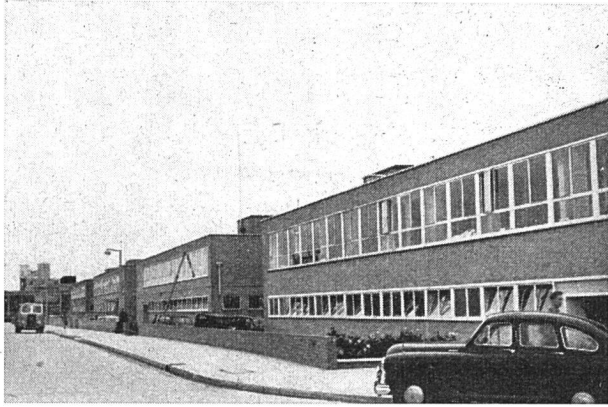
Jede Nachbarschaft hat ein Ladenzentrum

schaften in der Entwicklung gesehen in Edinburgh, dann aber vor allem in Paisley, einer Stadt von 95 000 Einwohnern in der Nähe von Glasgow. Nach der Landesplanung ist vorgesehen, daß die Stadt entsprechend der Kapazität der Industrie über die natürliche Bevölkerungsvermehrung hinaus weitere 20 000 Einwohner aufnehmen soll. Zu diesem Zwecke sollen zwei Nachbarschaften zu je ungefähr 10 000 Einwohnern erstellt werden. Eine dieser Einheiten, namens Glenburn, ist zurzeit zu etwas mehr als einem Drittel erstellt. Nachdem das benötigte Land von rund 140 Hektaren freihändig oder durch Expropriation beschaffen war, wurden die Hauptstraßen erstellt und mit dem Wohnungsbau begonnen. Das Quartier erhält neben 2700 Wohnungen drei Primarschulhäuser, ein Sekundarschulhaus, vier Kirchen, fünf Spielplätze und etwa 30 Läden, die in der Hauptsache in einem Gemeinschaftszentrum neben Versammlungslokalen, Bibliothek und Räumen für den Gesundheitsdienst untergebracht werden.

Bedeutender als die Nachbarschaften sind die New Towns, die neuen Städte, deren acht um die Londoner Region und sechs weitere im übrigen England, in Schottland und Wales im Bau begriffen sind. Diese Städte sind 30 bis 50 Kilometer von den großen Agglomerationen entfernt und sollen nicht Bestandteil der Großstädte, sondern eigene Gemeinden werden. Der Ausdruck «Satellitenstädte» ist daher falsch; das sollen sie gerade nicht sein. Wichtig ist, daß Industrie- und Wohnbauten gleichzeitig entstehen. Es ist die Funktion dieser Städte, das weitere Wachstum von London und andern Städten aufzuhalten oder zu mildern. Für jede der neuen Städte ist eine maximale Bevölkerung vorgesehen, die von 25 000 bis auf 80 000 geht. Zusammen ist eine Bevölkerungszahl der



Schulhaus in einer neuen Stadt



Gleichzeitig mit den neuen Wohnungen werden auch die Fabriken erstellt



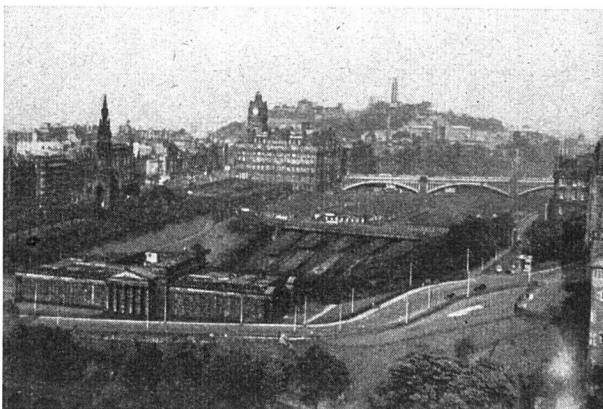
Kirche in einer neuen Stadt

New Towns von 600 000 vorgesehen. Ende 1953 hatten die 14 neuen Städte bereits 201 000 Einwohner.

Die Grundlage für die neuen Städte bildet das Gesetz über die Stadt- und Landplanung aus dem Jahre 1946. Dieses Gesetz gibt dem Minister für das Wohnungswesen das Recht, das Gebiet für die neue Stadt zu bezeichnen. Das Areal für eine Stadt mit inskünftig 80 000 Einwohnern beträgt zum Beispiel 6000 acres oder rund 24 Quadratkilometer, was ungefähr dem Gebietsumfang von Basel-Stadt entspricht. Es wird also sehr weiträumig disponiert. Der Minister setzt nun eine Corporation ein, der die große Aufgabe übertragen wird, einen Hauptplan aufzustellen unter Einbezug bereits bestehender Dörfer, das Land zu erwerben, sei es freihändig oder zwangsweise, meist zum landwirtschaftlichen Ertragswert, die Straßen und Kanalisationen zu erstellen und die Industrie- und Wohnbauten auszuführen oder, soweit privat gebaut wird, die Pläne zu genehmigen. Die Übersiedlung größerer und kleiner Industrieunternehmen in die neuen Städte begegnet keinen allzu großen Schwierigkeiten, weil die weitere Ausdehnung der Unternehmungen in London nicht bewilligt wird und auch sonst meist undurchführbar wäre und weil die Einrichtung neuer Fabrikgebäude betriebliche Vorteile hat. Mit den Unternehmungen kommen mindestens die Stockarbeiter und im weiteren vor allem die jungen Arbeiter und Angestellten mit, da damit auch ihr Wohnproblem in günstiger Weise gelöst wird. Bei der Erschließung des Landes wird auf Trennung der Fuß- und Fahrradwege von den Straßen geachtet. Industrie- und Wohnbauten werden getrennt disponiert. Zwischen den Wohneinheiten von 5000 bis 7000 Einwohnern mit

einem Primarschulhaus und einigen Läden für den täglichen Gebrauch liegen Grüngürtel. Auf mehrere Einheiten kommt ein Sekundarschulhaus. Kleinere und größere Spielplätze sind vorhanden. Für die verschiedenen Kirchen, das Spital usw. wird Platz reserviert. Im Zentrum der künftigen Stadt befinden sich das Ladenzentrum und die nötigen Verwaltungsgebäude und Gesellschaftsräume, die eine städtische Gemeinschaft erfordert. Die Räume für die sozialen Dienste werden nach dem Bedürfnis zum Teil zentralisiert und zum Teil in die Einheiten verlegt. Das gleiche gilt für die Jugend- und Klubräume, die eine große Rolle im Gesellschaftsleben spielen. Den Bedürfnissen der Jugend wird sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet in der Einrichtung von Kurslokalen und Spielplätzen, worunter auch Robinson-Spielplätze nicht fehlen.

Das an sich schon verantwortungsvolle Unternehmen, im Zeitraum von acht bis zehn Jahren eine neue Stadt mit all ihren Bedarfseinrichtungen aufzustellen, wird noch dadurch erschwert, daß die Bevölkerungsstruktur sich fortwährend verändert. Am Anfang sind es vor allem junge Leute mit kleinen Kindern, die eine Stadt bevölkern. So wurde in Crawley, einer New Town zwischen London und Brighton, festgestellt, daß Ende 1953 von den 18 000 Einwohnern 33,4 Prozent Kinder von 1 bis 14 Jahren und 54,7 Prozent Erwachsene im Alter zwischen 20 und 44 Jahren waren, während bei normaler Bevölkerungsstruktur diese Prozentzahlen etwa 20, beziehungsweise 40 betragen hätten. Dies führt dazu, daß die neue Stadt in ihren Anfangsjahren übermäßig viel Schulräume braucht. Auch der Wohnungsbedarf ist ein anderer als im Beharrungszustand. In Harlow, einer New Town nordöstlich von London, erstellte man anfänglich etwa 20 Prozent Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, worunter auch ein Hochhaus für kleine Familien, und 80 Prozent Einfamilienhäuser. Auf Begehren der Familien, die nach Harlow ziehen, muß der Prozentsatz der Einfamilienhäuser auf über 80 Prozent hinaus erhöht werden. In Crawley beträgt er bereits 95 Prozent. Es ist aber vorauszusehen, daß im Beharrungszustand die Bedürfnisse wechseln, indem Kleinwohnungen für ältere Leute dann stärker begehrt werden. Diese Schwierigkeiten bringen es mit sich, daß während der Entwicklungszeit die finanzielle Selbsterhaltung, die angestrebt wird, nicht leicht zu erreichen ist. Es ist aber versichert worden, daß die neuen Industrien und die relativ gut bezahlten Arbeiter eine Basis bilden, die das Budget einer neuen Stadt schon nach wenigen Jahren ausgleichen werde.



Edinburgh

In architektonischer Hinsicht bestehen zwischen den einzelnen neuen Städten Unterschiede. Es gibt solche, die in

ihrem Äußern die Tradition wahren, während andere, wie vor allem Harlow, sehr verschiedenartige und moderne Ansichten bieten. Mit den großen Grünflächen und dem schönen Baumbestand bieten die ausgebauten Einheiten vielfach reizvolle Aspekte. Es fällt vor allem auf, daß die Abstände der Häuser größer sind als bei uns. Aber auch in sozialer Hinsicht ergibt sich ein positives Resultat. Es muß für die junge Generation eine Freude sein, in einer neuen Stadt aufzuwachsen. Die neuen Häuser wirken erzieherisch auf die Familie. Gegenüber der Hast in den Großstädten wirkt die Nähe von Arbeits- und Wohnort zusammen mit dem Leben in der Natur und doch in einer mittleren Stadt beruhigend. Es nehmen wieder mehr Leute am staatlichen und gesellschaftlichen Leben teil, worin eine wichtige staatspolitische Aufgabe der neuen Stadt erblickt wird. Wohl hört man klagen, daß hier die Mieten höher seien als in der früheren Stadt; dafür fallen aber die Verkehrsausgaben weg, die in den Großstädten beträchtlich sind. Jedenfalls ist die Rückwanderung von den neuen Städten

zurück nach London sehr minim. Als wir in Harlow auf dem Dach des Hochhauses die neue Stadt und die Grünflächen überblickten, fand ich, daß der frühere Bürgermeister von Glasgow und heutige Präsident einer New Town Corporation die Situation richtig schilderte, als er am Kongreß sagte: «Wir erleben auf dem Gebiet des Wohnungswesens in Großbritannien eine soziale Revolution.»

Dieser Ausspruch trifft nicht nur auf die New Towns zu. Ich fand ihn neuerdings bestätigt, als ich bei einem Sonntagspaziergang nach Stepney in Ost-London kam und dort auf einem weiten Areal, wo ich vor einigen Jahren Slums besichtigt hatte, neue Wohnblöcke mit großen Abständen und sogar Einfamilienhaussiedlungen mit insgesamt mehreren tausend Wohnungen sah und in mehreren Wohnungen die glücklichen Bewohner sprechen konnte. Die friedliche Revolution ist zwar in diesem Sektor erst an ihrem Anfang. Es gibt noch viele ungesunde Quartiere. Entscheidend ist aber, daß sie im Gange ist.

Jakob Peter

Die Wohnungsfrage in der UNO

Anläßlich seiner siebenten Sitzung im Oktober 1953 hat die Subkommission für das Wohnungswesen, die von der Wirtschaftskommission für Europa gebildet worden war, einen ersten Bericht über die Wohnungspolitik in Europa und insbesondere über die seit 1952 erzielten Fortschritte im Wohnungsbau behandelt. Das ihr vorgelegte Dokument bestand aus zwölf Einzeldarstellungen aus ebensovielen Ländern. Die Aussprache führte zu einem Auftrag an das Sekretariat, wonach es einen solchen Bericht inskünftig jährlich bearbeiten und zugleich einer näheren Untersuchung der Tatsachen mehr Platz einräumen solle. Als Grundlage für diese Bearbeitung sollten die von den einzelnen Regierungen eingereichten Einzeldarstellungen dienen.

Für die achte Sitzung der Subkommission für das Wohnungswesen hat daher das Sekretariat einen Gesamtbericht für 1953 in vorläufiger Form aufgestellt, wobei es die relativ zahlreich eingelaufenen Einzeldarstellungen aus den einzelnen Ländern benutzen konnte. Dieser Bericht wurde späterhin überarbeitet. Am endgültigen Bericht haben nun folgende Länder Anteil: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Norwegen, Niederlande, Polen, Portugal, Großbritannien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Rußland, Jugoslawien, Westdeutschland. Außerdem hat das Sekretariat einige weitere Quellen benutzen können.

Da der vorliegende Bericht der erste seiner Art ist, hat das Sekretariat es für richtig erachtet, einige Angaben über die *Entwicklung früherer Jahre* zu bringen. Sie bereichern die vorliegende Arbeit. Einzelne Daten werden zudem bis ins Jahr 1954 verfolgt. So ist ein wertvolles Dokument entstanden, das zu studieren sich lohnt. Insbesondere dürften die Schlußfolgerungen, die der Bericht aufstellt, mancherlei Anregungen vermitteln; wir geben sie nachfolgend, leicht gekürzt, wieder, ohne uns indessen in den einzelnen Punkten damit ohne weiteres einig zu erklären.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist, allgemein gesehen, weniger günstig als vor dem Krieg. Es bleibt daher nach wie vor wünschenswertes Ziel, daß man die jährliche Wohnungsproduktion ganz spürbar erhöht, und zwar in manchen Fällen sogar nur darum, daß sich die Situation nicht noch verschlechtert. Die Regierungen sollten daher vor allem einmal Bescheid wissen über die auf dem Gebiet des Woh-

nungswesens bestehenden Tatsachen und dabei die Mindestbedürfnisse sowohl als auch die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel in Rechnung stellen. Man wird dabei annehmen dürfen, daß sie keinerlei Wohnungen erstellen oder fördern wollen, die nicht bestimmten Normen in bezug auf die Dimensionen oder die Qualität entsprechen würden. Was die Wohnungsnachfrage anbelangt, so würde eine bessere Kenntnis der demographischen, sozialen und ökonomischen Tatsachen, die auf dem vorliegenden Gebiet wirksam sind, die Arbeit der verantwortlichen Stellen wesentlich erleichtern.

Besonderer Aufmerksamkeit rufen die *Bedürfnisse einzelner Bevölkerungsgruppen*. Man hat schon recht viel geleistet zugunsten der Industriearbeiterschaft und der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Aber es muß noch mehr getan werden. Im weiteren sind die beiden Bevölkerungsgruppen, nämlich der Betagten einerseits und der Bewohner der Slumquartiere andererseits, seit Kriegsende eher etwas vernachlässigt worden. Die Wohnungsbeschaffung für die Betagten wird offenbar an Bedeutung zunehmen, zum Teil wegen des wachsenden Anteils der Betagten innerhalb der Gesamtbevölkerung. Aber auch die Beschaffung von Wohnraum für die Bewohner der Slums ist fortwährend dringlich; es sollten, im Hinblick auf eine neue, gegen Ende der sechziger Jahre zu erwartende Welle von Familiengründungen, vermehrte Bemühungen unternommen werden.

Im weiteren dürfte eine komplette Revision der Methoden, die bei der Subventionierung von Wohnbauten in den meisten Ländern angewendet wurden, am Platz sein. Zu diesem Zwecke dürfte sich ein Erfahrungsaustausch von Land zu Land als sehr nützlich erweisen. Gute Gründe sprechen dafür, daß andere Formen der finanziellen Hilfe statt der Subventionen, die die Staatskasse immer stärker belasten würden, gefunden werden können.

Es ist angebracht, sorgfältig die Gründe zu prüfen, die zugunsten einer *Ausweitung der Tätigkeit der Genossenschaften* und weiterer gemeinnütziger Organisationen im Rahmen der behördlichen Wohnungspolitik geltend gemacht werden können. Die einen wie die andern unter diesen Organisationen sind oft genug kompetent, nicht nur den Bau von Wohnungen zu finanzieren und zu leiten, sondern auch späterhin die Verantwortung für die Geschäftsführung zu übernehmen. Diese Organisationen finden auch leichter den